Straßen gesperrt für die Rallye am Wochenende

Freitag und Samstag

Wächtersbach/Brachttal/Birstein (re) Der Motorsportclub Wächtersbach-Hesseldorf gibt, auch im Auftrag der Genehmigungsbehörden, die Straßensperrungen und Umleitungen anlässlich der 13. Main-Kinzig-Rallye am kommenden Freitag und Samstag, 20. und 21. Juli, bekannt. Auf der Main-Kinzig-Straße in Höhe Rathaus/Messegelände in Wächtersbach ist wegen des Rallyezentrums am Freitag ab 16 Uhr und Samstag ab 7 Uhr mit erhöhtem Verkehrsaufkommen zu rechnen. Die Kreisstraße 913 von Streitberg nach Leisenwald ist wegen einer Wertungsprüfung am Samstag von 11 bis etwa 20 Uhr voll gesperrt. Die Umleitungsstrecke erfolgt über die Landstraße 3314 bis Wittgenborn und von dort über die L3194 über Waldensberg nach Leisenwald und umgekehrt. Wegen einer weiteren Wertungsprüfung im Bereich Hitzkirchen, Wenings und Kefenrod ist die K211 bis zur Kreuzung der L3010 und von dort in Richtung Kefenrod am Samstag von etwa 11 bis circa 20 Uhr voll gesperrt. Die Umleitung erfolgt von Hitzkirchen über die Kreisstraße 209 über Burgbracht und Böß-Gesäß nach Nieder-Seemen und von dort über die L3193 nach Wenings. Die Umleitung Wenings nach Kefenrod führt über die L3193 nach Bindsachsen und von dort über die L3195 nach Kefenrod und umgekehrt. Die K957 Steinau-Uerzell über Klesberg nach Hintersteinau ist ebenfalls wegen einer Wertungsprüfung am Samstag in der Zeit von etwa 11 bis 20 Uhr voll gesperrt. Die Umleitungsstrecke erfolgt über die Landstraße 3292 von Hintersteinau nach Wallroth, danach über die K956 nach Breitenbach zur L3180 Richtung Kressenbach, am Ende der L3180 auf die L3179 bis Uerzell und umgekehrt.

Polizeiposten: Geänderte Öffnungszeiten

Wächtersbach (re). Der Polizeiposten Wächtersbach in der Gelnhäuser Straße 16 bis 17 hat von morgen bis Dienstag, 7. August, vorübergehend geänderte Öffnungszeiten. Der Posten ist von Montag bis Freitag zwischen 9 und 13 Uhr für die Bürger offen. Die Polizeistation Gelnhausen, Herzbachweg 63, ist Tag und Nacht besetzt und unter Telefon 06051/8270 zu erreichen. In dringenden Fällen ist der Polizeinotruf 110 zu wählen.

Versammlung mit Grillen

Brachttal-Streitberg/Wächtersbach-

Leisenwald (re). Der VdK-Ortsverband Spielberg-Streitberg-Leisenwald lädt ein zu seiner Mitgliederversammlung mit Grillen am Samstag, 28. Juli, ab 17 Uhr am Dorfgemeinschaftshaus in Streitberg. Um besser planen zu können, bittet der Vorstand um Anmeldung bis spätestens Sonntag, 22. Juli, bei den Vorstandsmitgliedern Heinz-Waldfried Sander in Spielberg unter Telefon 06053/4259, bei Erika Schmück in Streitberg unter Telefon 06054/2666, in Leisenwald bei Marianne Frank unter Telefon 06053/3517 oder Margarete Heinz unter Telefon 06053/1813.

ANSPRECHPARTNER

für Wächtersbach, Brachttal und Birstein





Schloss Wächtersbach: Innenausbau hat begonnen

Wächtersbach (re). Während die aufwendigen Maurer- und Dacharbeiten am Schloss Wächtersbach ihrem Ende entgegengehen, hat nun der Innenausbau begonnen. Bürgermeister Andreas Weiher ist laut einer Pressemitteilung aus dem Rathaus froh darüber, dass es nun weitergeht, denn einige Abstimmungen mit dem Landesdenkmalamt und auch Krankheitsfälle von wichtigen Vorarbeitern hatten zu einer circa drei- bis viermonatigen Verzögerung des Bauzeitplanes geführt. Nun werden die Be- und Entlüftungskanäle verlegt sowie Trockenbau- und Innenputzarbeiten begonnen. "Es ist noch eine Menge zu tun, aber durch die gute Zusammenarbeit der Architekten von Soden und Pankratz mit den Fachplanern,

Ingenieuren und ausführenden Firmen sowie den zuständigen Behörden kann man mit dem bisherigen Ablauf des großen Bauvorhabens zufrieden sein", so der Bürgermeister zuversichtlich. In den nächsten Wochen und Monaten werde es weitergehen mit der Elektro-, Heizungs- und Sanitärinstallation und den abschließenden Dach- und Putzarbeiten, heißt es weiter in der Pressemitteilung. Sehr froh sei die Stadt auch darüber, dass es bisher zu keinen Unfällen auf der Baustelle gekommen sei. "So kann es bleiben," freuen sich auch Bauamtsleiter Wolfgang Schmidt und Hauptamtsleiter Uwe Paul. Das Schloss Wächtersbach soll nach Abschluss der Bauarbeiten die Stadtverwaltung beherbergen.

Bei nächster Verfehlung droht Gefängnis

Diebstahl: 34-Jährige aus Wächtersbach bekommt noch ein letztes Mal eine Bewährungsstrafe

Wächtersbach (pfz). "Es war unüberlegt, ein sehr dummer Fehler" – zumindest zeigte sich die 34-Jährige einsichtig. Aber so wirklich glauben wollte Richter Dr. Wolfgang Ott der Angeklagten nicht: "Das haben Sie mir schon einmal erzählt. Und trotzdem haben Sie es wieder getan." Die Wächtersbacherin hatte am 2. August vergangenen Jahres während einer laufenden Bewährung in einem Einkaufsmarkt in der Main-Kinzig-Straße Waren im Wert von rund 43 Euro gestohlen. Der Kaufhausdetektiv stellte sie noch am Ausgang. Ein niedriger Betrag, ja, allerdings eben nicht die erste Verfehlung der 34-Jährigen, die gestern dennoch ein letztes Mal mit einer Bewährungsstrafe davon kam.

Das hatte mehrere Gründe. Die Wächtersbacherin beteuerte, sich nie wieder etwas zu Schulden kommen zu lassen. Zudem habe sie sich

von ihrem Mann scheiden lassen, der "immer wieder das Geld der beiden verzockt hatte", schilderte der Verteidiger. Die Angeklagte habe mittlerweile zudem eine Familienhelferin für sich und ihre Tochter und bemühe sich um einen Job, eine Ausbildung sei schon in Aussicht.

Das änderte aber nichts daran, dass der Vertreter der Staatsanwaltschaft in seinem Plädoyer sehr deutlich wurde: "Während einer laufenden Bewährung begehen Sie so eine Dummheit. Ihre Erklärungen sind auch nur zum Teil nachvollziehbar. Denken Sie doch daran, was für ein Vorbild Sie für Ihre

AUS DEM GERICHT

malerweise gebe es keine zweite Bewährung, aber der Staatsanwalt wolle die 34-Jährige nicht in ein Gefängnis stecken, immerhin habe sie ein kleines Kind zu Hause. Das sei allerdings die "allerletzte Bewährung", ansonsten solle sie sieben Monate Haft absitzen müssen und weitere 100 Stunden gemeinnütziger Arbeit leisten. Der Verteidiger bat um eine milde Bestrafung.

Tochter abgeben.

Das muss endlich

aufhören."

Der Richter verurteilte die Frau schließlich zu sechs Monaten Haft auf Bewährung. Weil die Wächtersbacherin aus ihrem alten Verfahren noch 88 Arbeitsstunden ableisten müsse, verzichtete Wolfgang Ott auf weitere Auflagen. "Aber Sie müs-



Eine 34-Jährige aus Wächtersbach musste sich gestern wegen Diebstahls vor dem Amtsgericht Gelnhausen verantworten. FOTO: DPA

sen uns jetzt zeigen, dass Sie Ihre Versprechen auch wahr machen", sagte der Richter. Das Urteil ist rechtskräftig.

"Längst überfälliger Schritt"

Schutzgemeinschaft Vogelsberg befürwortet Reform der Wasserversorgung Rhein-Main

Birstein/Brachttal (re). "Dem Ausufern der Fernwasserversorgung des Rhein-Main-Gebietes muss endlich ein Riegel vorgeschoben werden, auch weil der Klimawandel die Grundwasserspiegel sinken lässt", fordert die Schutzgemeinschaft Vogelsberg (SGV) in einer Pressemitteilung. Deshalb befürworten die SGV und ihre Mitgliedsverbände, dass sich das Hessische Umweltministerium zu einer Reform der Wasserversorgung des Ballungsraumes durchgerungen habe.

In den Kernaussagen für ein neues Leitbild fänden sich viele der Forderungen der Schutzgemeinschaft wieder, die für eine Klimaanpassung der Wassergewinnung und für ein Entlasten der Gebiete unerlässlich seien. Nach mehreren Jahren intensiver Arbeit an diesem Leitbild sei nun klar, dass das Rhein-Main-Gebiet sich künftig wesentlich stärker als bisher aus eigenen Ressourcen versorgen müsse. Dabei sei es auch kein Tabuthema mehr, dass kostbares Trinkwasser zum Beispiel für

Toilettenspülungen durch Betriebswasser ersetzt werden solle. "Es wäre ein echter Durchbruch, wenn die Städte im Ballungsraum endlich diesen längst überfälligen Schritt gehen würden", wird Cécile Hahn, Vorsitzende der SGV zitiert. Das neue Leitbild sehe dies als einen wesentlichen Punkt für eine zukunftssichere Wasserversorgung vor.

"Jetzt müssen Taten folgen"

Der mangelhafte Grundwasserschutz im Rhein-Main-Gebiet dürfe nicht länger eine Ausrede dafür sein, dem Naturraum des Umlandes immer mehr Trinkwasser entziehen zu wollen. "Die anstehende Reform der Wasserversorgung kann außerordentlich viel zur Problemlösung beitragen, "ergänzt Dr. Anne Archinal, Vorsitzende der Aktionsgemeinschaft "Rettet den Burgwald", allerdings nur, wenn den veröffentlichten Kernaussagen auch konkrete Taten folgten. "Und diese fordern wir jetzt ein." So müsse Schluss sein mit dem "unsinnigen Wasserexport"

nach Frankfurt. Die SGV-Ansprechpartner seien hierbei die Behörden, die die Wasserversorger entsprechend anweisen müssten.

Denn erfolgreich würden die im Leitbild skizzierten Ziele laut Pressemitteilung nur sein können, wenn bereits bestehende und künftige Vorschriften in wirksame Projekte umgesetzt würden. Daran aber mangele es schon seit vielen Jahren, unter anderem weil die Aufsichtsbehörden unter einem chronischen Personalmangel litten. Die SGV habe bereits mehrfach eine Personalaufstockung gefordert, und erwarte jetzt vom Umweltministerium hierzu eine konkrete Zusage. "Das Ministerium sollte mit gutem Beispiel vorangehen, und die Voraussetzungen für das Realisieren seines eigenen Leitbildes schaffen", merkt Cécile Hahn hierzu an, "die Behörden müssen endlich wieder das Ruder zum Steuern der Rhein-Main-Wasserversorgung in die Hand nehmen, und dazu braucht es eine schlagkräftige Mannschaft. Die Oberen Wasserbehörden müssen künftig in die Lage versetzt werden, eine naturverträgliche Wasserversorgung konkret zu gestalten, anstatt sie nur auf dem aktuellen Stand zu verwalten "

Und das möglichst schnell, denn der Klimawandel, der die Konflikte ums Wasser unter anderem durch eine immer schlechtere Grundwasserneubildung zunehmend befeuere, werde nicht auf die Politik warten. Die veröffentlichten Grundzüge für ein neues Leitbild jedenfalls böten eine historische Chance, im Rhein-Main-Gebiet eine neue, zukunftssichere hessische Wasserwirtschaft aufzubauen. In den nächsten Monaten würden die Beteiligten, zu denen auch die SGV und ihre Mitgliedsverbände zählten, intensiv an konkreten Vorgaben für eine klimafeste Vereinbarkeit von Wasserversorgung und Naturschutz arbeiten müssen. Noch vor September sollten die Ergebnisse vorgestellt werden. Und dann werde sich zeigen, ob in Wiesbaden "genügend politischer Mut existiert, die Fernwassergewinnungsgebiete im Vogelsberg durch ein Reduzieren der Entnahmemengen zu schützen".